

Populismus als Anti-Wissenschaft

Ein Kommentar von
Barbara Stollberg-Rilinger

Illustration **Martin Fengel**



Prof. Dr. Barbara Stollberg-Rilinger hat den Lehrstuhl für Geschichte der Frühen Neuzeit an der Universität Münster inne und ist Mitglied der BAdW. Seit 1. September leitet sie das Wissenschaftskolleg zu Berlin.

Die Regierungen von Saudi-Arabien, Russland oder der Türkei genießen größeres Vertrauen ihrer Bürger als die Regierungen Deutschlands, Schwedens oder der Niederlande. Das zeigt der „Democracy Perception Index 2018“, eine der weltweit größten Studien über das Vertrauen von Bürgern in ihre Regierung, und bilanziert: In demokratischen Rechtsstaaten beurteilen die Bürger ihre Regierungen deutlich kritischer als in autokratischen Regimes. Das klingt beunruhigend, erscheint aber auch konsequent: Bürger in Demokratien sind eben kritischer als Untertanen in Autokratien. Genau das sollten sie auch sein – solange sie nicht die Demokratie selbst aufs Spiel setzen.

Das hat mehr mit Wissenschaft und Wissenschaftspolitik zu tun, als es zunächst scheint. Demokratie und Wissenschaft erfordern beide eine kontraintuitive Einstellung und setzen sie zugleich voraus: Widerspruch, Zweifel und Konflikt erachten sie als notwendig und sogar wünschenswert. Doch genau das stellt für viele Menschen offensichtlich eine Zumutung dar. Mit absoluten Gewissheiten und unerschütterlichen Autoritäten fühlen sich viele geborgener, und daraus ziehen die populistischen Bewegungen überall in Europa und der Welt derzeit ihre Stärke. Alle Politiker, die wider besseres Wissen einfache Lösungen für hochkomplexe Probleme versprechen, tragen dazu bei. Denn sie produzieren

Enttäuschungen und nähren Verschwörungstheorien, die ja auf der Überzeugung beruhen, in Wahrheit sei alles ganz einfach.

Das hat Konsequenzen nicht nur für die Politik: Die um sich greifende Verachtung gegenüber „etablierten Eliten“ richtet sich auch gegen Wissenschaftler. Expertise erscheint manchen schon darum suspekt, weil sie von Experten stammt. Wem die Regeln und institutionellen Mechanismen des Wissenschaftssystems unbekannt sind, dem fällt es leicht, Verschwörungstheorien zu glauben. Daraus schlagen auch einige europäische Regierungen Kapital, um die Freiheit der Wissenschaft zu beschneiden. Auf Befehl der polnischen PiS-Regierung wurde der Gründungsdirektor des Museums des Zweiten Weltkriegs in Danzig, Paweł Machcewicz, fristlos entlassen, weil er nicht der gewünschten nationalistischen Linie folgte; das Museum

existiert nicht mehr als eigenständige Einrichtung. Der ungarische Ministerpräsident setzt ein verschwörungstheoretisch unterfüttertes Gesetzespaket durch, das es ihm erleichtert, die Central European University aus Ungarn zu vertreiben. Der Ministerpräsident von Bayern behandelt ihn gleichwohl mit demonstrativer Herzlichkeit als politischen Bundesgenossen. Auch in Deutschland könnte die Wissenschaftsfreiheit schneller unter Druck geraten, als es uns heute vorstellbar erscheinen mag.

